

Antrag 12: Entlastung von Studierenden und Auszubildenden durch Abschaffung der Krankenkassenbeiträge

Laufende Nummer: 12

Antragsteller*in:	Unterbezirk Potsdam (Unterbezirke)
Status:	angenommen
Sachgebiet:	C - Chancengerechtigkeit, Soziales und Arbeitsmarkt
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 6 - 8 (Änderungsantrag 12-Ä01) - angenommen

1 Die Landesdelegiertenkonferenz & der Bundeskongress & SPD-Bundestagsfraktion möge
2 beschließen

3

4 Entlastung von Studierenden und Auszubildenden durch 5 Abschaffung 6 der Krankenkassenbeiträge

12-Ä01 - angenommen:

6 Wir fordern die Abschaffung der Krankenkassenbeiträge für Studierende ~~und~~
7 ~~Auszubildende. Dies würde die finanzielle Belastung vieler Studierender und~~
8 ~~Auszubildender erheblich verringern und die Chancengleichheit im Studium stärken~~
gesamten Zeitraum des Regelstudiums plus zwei Toleranzsemestern. Für Auszubildende
fordern wir, dass der Eigenanteil zur Krankenversicherung während der gesamten
regulären Ausbildungsdauer vollständig vom Staat übernommen wird.

9 Studierende und Auszubildende sind immer häufiger mit der Herausforderung
10 konfrontiert, ihr Studium oder ihre Ausbildung aufgrund finanzieller Notlagen
11 abzubrechen. Aktuelle Studien zeigen, dass 19 % der Studienabbrüche auf finanzielle
12 Schwierigkeiten zurückzuführen sind. Dies ist eine besorgniserregende Zahl, vor allem
13 angesichts der steigenden Lebenshaltungskosten, die es Studierenden und
14 Auszubildenden zunehmend schwer machen, ihre Studienfinanzierung bzw. die
15 Finanzierung ihrer Ausbildung zu stemmen.

16 Bereits heute ist mehr als ein Drittel der Studierenden und 18 % aller Auszubildenden
17 von Armut betroffen oder direkt gefährdet, was sich negativ auf ihre
18 Studienleistungen auswirkt. In Anbetracht der wachsenden Armut unter Studierenden und
19 Auszubildenden und des daraus resultierenden Fachkräftemangels muss dieser Zustand
20 dringend adressiert werden.

Begründung

Selbst mit finanzieller Unterstützung der Eltern müssen 63 % der Studierenden nebenbei arbeiten, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten.

Die relative Armutsgefährdungsquote von Studierenden und Auszubildenden ist höher als in der Gesamtbevölkerung, unabhängig davon, ob sie allein, in WGs oder noch im Elternhaus wohnen. Besonders betroffen sind Studierende und Auszubildende, die alleine oder mit anderen in ähnlichen Lebensverhältnissen wohnen. Laut einer Studie aus dem Jahr 2023 lag der durchschnittliche Anteil der

Wohnkosten am verfügbaren Haushaltseinkommen für Studierende bei 54 % und für Auszubildende bei 42%. Diese Wohnkostenbelastung ist deutlich höher als die der Gesamtbevölkerung, deren Anteil bei etwa 25 % liegt. Diese hohe Belastung führt zu einem erheblich verringerten finanziellen Spielraum, was insbesondere bei Auszubildenden und Studierenden ohne ausreichende finanzielle Unterstützung durch Eltern oder andere Quellen zu finanziellen Engpässen und möglicherweise zu Ausbildungs- und Studienabbrüchen führen kann.

Im Schnitt arbeiten Studierende 15 Stunden pro Woche zusätzlich zu den 30-40 Stunden, die sie für das Studium aufwenden. Diese hohe Gesamtarbeitszeit von 45-55 Stunden pro Woche beeinträchtigt nicht nur die Studienleistungen, sondern erhöht auch die Abbruchrate, da rund 20 % der Studierenden aufgrund von Leistungsproblemen ihr Studium abbrechen.

Hinzu kommen die zusätzlichen Kosten für Studienmaterialien, Exkursionen und andere akademische Ausgaben, die häufig nicht ausreichend durch BAföG oder andere Finanzhilfen abgedeckt sind. Für Auszubildende entstehen ebenfalls zusätzliche Kosten, die je nach Branche variieren können. Dazu gehören zum Beispiel spezielle Fachliteratur, Arbeitskleidung oder Schutzausrüstung, Materialien für praktische Übungen sowie Prüfungsgebühren. Diese Ausgaben werden häufig nicht durch die Ausbildungsvergütung oder BAföG gedeckt und müssen von den Auszubildenden und Studierenden selbst getragen werden, was die finanzielle Belastung weiter erhöht.

Eine Lösung könnte darin bestehen, die Krankenkassenbeiträge durch das BAföG-Amt übernehmen zu lassen, um besonders Studierenden und Auszubildenden aus finanzschwachen Familien entgegenzukommen. Viele Studierende, die nicht ausreichend von ihren Eltern unterstützt werden, können sich diese Beiträge nicht leisten, was die ohnehin schwierige finanzielle Situation weiter verschärft.